

PRESSEMITTEILUNG

Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut: Landesfamilienrat Baden-Württemberg fordert wirksame Gesamtstrategie vom Land

Stuttgart, 24.11.2020

Im Vorfeld der Arbeits- und Sozialministerkonferenz in Mannheim (26. und 27. November) weist der Landesfamilienrat Baden-Württemberg auf die Notwendigkeit eines Gesamtkonzepts zur Familienförderung hin, um Kinder- und Familienarmut vorzubeugen und zu überwinden. Er fordert Schritte, um die beabsichtigte Einführung einer Kindergrundsicherung von Anfang an mit einer unterstützenden sozialen Hilfeinfrastruktur wirksam zu verzahnen.

Nicht alle Kinder haben in ihren Familien gute Startbedingungen. Das Armutsrisiko ist in Baden-Württemberg seit Jahren unverändert hoch. So sind ca. 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen von Armut gefährdet, häufig aufgrund einschneidender Veränderungen innerhalb der Familie wie z.B. Erwerbslosigkeit oder Trennung der Eltern. Ein besonders hohes Armutsrisiko tragen Kinder von Alleinerziehenden, Zugewanderten oder in Familien mit drei und mehr Kindern. Kinder, die in Armut leben, sind häufig in ihrer Entwicklung beeinträchtigt, nicht selten wird die Armut über Generationen weitergegeben. Armutsbekämpfung ist daher ein wichtiges Ziel. Dabei ist die Sicherstellung des Existenzminimums eine zentrale Voraussetzung. Der Landesfamilienrat macht sich für die Einführung einer Kindergrundsicherung stark und begrüßt, dass diese bei der Arbeits- und Sozialministerkonferenz am 26. November in Mannheim beschlossen werden soll.

„Genauso wichtig wie die ausreichende finanzielle Absicherung von Kindern und Familien ist der Zugang zu Bildung, Betreuung, Begegnung, Beratung und weitergehender Unterstützung durch ein gut ausgebautes Hilfesystem“, sagt dazu die Vorsitzende des Landesfamilienrates Christel Althaus auf der Mitgliederversammlung am Dienstag (24. November). „Da die Armut von Kindern immer die Armut von Familien bedeutet, müssen sich wirksame Hilfen der Förderung und Unterstützung nicht nur an die Kinder, sondern an die Familie als Ganzes richten,“ so Althaus weiter. „Das Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg hat 2020 als Schwerpunktjahr gegen Kinderarmut ausgerufen, das muss zu erkennbaren Veränderungen führen.“

In seinem Gespräch mit den fachlich zuständigen Abgeordneten des Landtages fordert der Landesfamilienrat ein nachhaltiges vernetztes Konzept. Wichtig sei, dass finanzielle Leistungen und Infrastrukturangebote im Sinne einer wirksamen Gesamtstrategie gut miteinander verzahnt würden. Baden-Württemberg habe hier zwar Vieles zu bieten, es fehle aber noch an Systematisierung und Verbindlichkeit.

Seine Mitglieder setzen sich für eine ganzheitliche Familienförderstrategie in Baden-Württemberg ein, die prinzipiell alle Familien im Blick hat, die aber ganz besonders dort wirksam wird, wo sich Familien in Benachteiligungslagen befinden.

Hinweis für die Presse: Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg ist der Zusammenschluss von derzeit 24 Verbänden und Organisationen, die landesweit in der Arbeit für und mit Familien engagiert sind. Er ist ein unabhängiger und weltanschaulich neutraler Anwalt und Partner für die Belange von Familien und beteiligt sich aktiv an der Meinungsbildung politischer Entscheidungsträger. Erklärtes Ziel ist es, die Lebensqualität und damit die Rahmenbedingungen für Familien und das Leben mit Kindern zu verbessern. Die Vorsitzende, Christel Althaus, ist Professorin an der Hochschule Esslingen und lehrt dort u.a. Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Familie.

Im Hinblick auf die Landtagswahl im März 2021 hat der Landesfamilienrat „Wahlprüfsteine“ und damit seine Erwartungen an die künftige Landesregierung formuliert.

Pressekontakt:

Rosemarie Daumüller, Geschäftsführerin. Landesfamilienrat Baden-Württemberg, Gymnasiumstraße 43, 70174 Stuttgart, Telefon: 0711/625930, mail: info@landesfamilienrat.de, www.landesfamilienrat.de